

## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 13. Sitzung des Bauausschusses**

vom: **27.04.2022**

von: **17:00 Uhr**

Unterbrechung von: **17:53 Uhr bis 17:59 Uhr**

bis: **18:30 Uhr**

Ort: **Weißtalhalle, Blumertsfeld 2,  
57074 Siegen, Großer Saal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Bauausschuss:

Stv Klein, Marc  
Stv Christian, Thomas  
Stv Cziba, Ansgar  
AM Dietrich, Erik  
Stv Dil, Yilmaz  
AM Hellwig, Raimund  
Stv Heupel, Rüdiger  
AM Lohmeier, Heinz Werner  
AM Mäckeler, Bernd  
Stv Pfeifer, Joachim  
Stv Reifenrath, Frank  
AM Schneider, Rainer  
Stv Schulz, Jürgen  
AM Uhlendorf, Jens  
AM Weber, Daniel  
AM Yousuf, Himat

- als Vorsitzender

vertritt Grisse, Robert ab 17:34 Uhr

vertritt Krämer, Hartmut

##### Beratende Mitglieder:

AM Dr. Münch, Jochen

Als Zuhörer:

Stv Tigges, Johannes  
AM Hoffmann, Thomas

Von der Verwaltung:

StBR Schumann	
Städt. VD Werthenbach	- bis 18.08 Uhr
VA Meyer	
VA Krippendorf	- bis 18.16 Uhr (TOP 1)
VA Schneider, P.	- bis 18.16 Uhr (TOP 1)
VA Daschke	- bis 18.16 Uhr (TOP 1)
VA Heide	
VA Daub	- bis 18.35 Uhr (Verschiedenes)
VA Meier, L.	
VA Mockenhaupt	- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Grisse, Robert	vertreten durch AM Schneider, Rainer
AM Krämer, Hartmut	vertreten durch AM Weber, Daniel
Stv Schwarzer, Michael	
AM Katz, Heike	
AM Özcan, Kürsat	

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Vor Eintritt in die Tagesordnung dankt Herr Klein seinem Vorgänger, Herrn Rüdiger Heupel, der den Ausschuss seit 2014 geleitet hat, für seine geleistete Arbeit. Herr Heupel habe während dieser Zeit wichtige Projekte der Universitätsstadt Siegen begleitet, aber als Ausschussmitglied bleibe er und seine Expertise dem Bauausschuss erhalten.

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen ist damit einverstanden, den außerhalb der vorgesehenen Frist eingegangenen Antrag der SPD- Fraktion aufgrund der Wichtigkeit der Thematik in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Punkt wird unter

**4.1 Verzögerung von Baumaßnahmen und Anhebung der Wertgrenzen  
Antrag der SPD- Fraktion**

behandelt.

Die Tagesordnung wird wie folgt fortgesetzt:

## 1. Errichtung von PV-Freiflächenanlagen als Klimaschutzmaßnahme - Abschlussbericht der Potenzialflächenanalyse

Vorlage Nr. VL 865/2022

**Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie der Universitätsstadt Siegen beraten.**

Herr Schumann erläutert als Ergänzung zu der Vorlage, dass PV-Freiflächenanlagen nach Gesetzeslage im Gegensatz zu Windkraft-Vorrangzonen im Außenbereich nicht privilegiert seien. Die erarbeitete Vorlage sei daher informeller Natur und entfalte – anders als der Flächennutzungsplan für Windkraftanlagen – keine Außenwirkung. Sofern die Eigentümer der jeweiligen Fläche der Meinung seien, der Bau einer PV-Freiflächenanlage sei der richtige Schritt, seien daher regelmäßig Bauleitplanverfahren notwendig.

Herr Christian bedankt sich für die ausführliche Ausarbeitung und ist der Meinung, das Potenzial und der Handlungsdruck seien vorhanden.

Auch Herr Boller hält die Vorlage, die aus einem Antrag von Fridays for Future hervorgegangen sei, für eine gute Grundlage. Er fragt sich, wie mit der Situation umgegangen werden solle, dass so gut wie alle Parkplatzflächen in der Vorlage – vermutlich, weil es sich formal um keine Freiflächen handle – als ungeeignet gekennzeichnet seien. Enttäuscht zeigt er sich über die noch fehlenden Angaben zu Netzanschlüssen. Er möchte wissen, welche Fläche für das in der Vorlage beschriebene Pilotprojekt ausgesucht werde.

Für Deponien wünscht er sich, dass mit mehr Druck vorgegangen werden solle. Vorstellen könne man sich hier beispielsweise die Änderung der Betriebspläne auf der Fludersbach. Zuletzt geht er auf zwei konkrete Gewerbeflächen im Umkreis des Bahnhofs Eiserfelds ein. Da es andere städtebauliche Vorstellungen und Beschlüsse diese Flächen betreffend gebe, sollten diese nicht weiter als Potenzialflächen für PV-Freiflächenanlagen eingestuft werden. Er beantragt, dass die Flächen 1005-1 und 1010-1 als ungeeignet eingestuft und die Planungen von PV-Freiflächenanlagen an dieser Stelle von der Verwaltung nicht weiterverfolgt werden sollen.

Herr Reifenrath stellt dar, dass auch die CDU-Fraktion die Vorlage begrüße. Er möchte wissen, ob der Zeitraum des Verfahrens ab der Entscheidung bis zur Umsetzung abschätzbar sei.

Herr Semper fragt nach Möglichkeiten der Verwaltung, Privatpersonen oder Firmen dazu zu veranlassen, ihre Privatflächen - insbesondere Parkplätze - mit PV-Anlagen zu überbauen. Auch nach der Möglichkeit, die Eigentümer direkt beim Neubau von Parkplätzen zur dortigen Errichtung von PV-Anlagen zu verpflichten, erkundigt er sich. Bezüglich der Abstandsgebote zu Waldgebieten solle eine vertragliche Regelung mit den Waldeigentümern zwingend abgeschlossen werden, um Schadensersatzforderungen auszuschließen.

Zur Wortmeldung von Herrn Boller hält es Herr Christian für nicht sinnvoll, bereits in diesem Stadium einzelne Flächen auszuschließen.

Herr Schulz möchte wissen, wieso die Fläche 1000-0 nur bedingt geeignet sei, ob es für die Fläche 1002-0 (Wanderparkplatz) Ausweichmöglichkeiten und ob es seitens des Leitungsbetreibers bei der Fläche 1034-1 (Leitungstrasse) evtl. Einschränkungen gebe.

Herr Daschke geht auf die zuvor gestellten Fragen ein. Einschränkungen durch Leitungstrassen seien der Verwaltung nicht bekannt. Generell können sich bei der später stattfindenden Einzelfallprüfung auf konkrete Eignung noch Änderungen ergeben, sodass einzelne Flächen wieder herausfallen bzw. Flächen sich als besser geeignet, darstellen.

Zum Bahnhof Eiserfeld seien durchaus andere Planungen denkbar. Laut EEG-Kulisse sei diese Fläche grundsätzlich geeignet, natürlich könne die Stadt bzw. die Politik hier auch eine andere Nutzung favorisieren.

Das Bebauungsplanverfahren dauere genauso lange, wie jedes andere BP-Verfahren, sofern keine umfangreichen Gutachten erforderlich seien.

Herr Schumann ergänzt zum Thema Parkplätze, dass eine Novelle der Bauordnung regele, bei der Errichtung von Parkplätzen mit mehr als 35 Stellplätzen eine Photovoltaiknutzung auf dem Parkplatz vorzusehen sei. Diese Regelung sei jedoch relativ unspezifisch und sage beispielsweise nichts über die Größe der PV-Anlage oder Baumpflanzungen aus.

Herr Cziba steht der beantragten Anpassung des Beschlusses der Grünen-Fraktion positiv entgegen. Er möchte wissen, ob auf dem Erfahrungsfeld „Schön & Gut“ Photovoltaiknutzung möglich sei. Außerdem wundert er sich über den sonderbaren Zuschnitt der Flugplatzfläche Eiserhardt. Er äußert die Idee, die Felswand beim Ziegenberg – dort sei in der Vorlage kategorisch eine PV-Nutzung ausgeschlossen worden – mit Photovoltaik zu versehen.

Herr Dietrich äußert ebenfalls seine Zustimmung bezüglich der Anpassung des Beschlusses. Seine Fraktion sehe außerdem die Ausstattung von Schallschutzwänden beispielsweise an der HTS mit Photovoltaik, was in der Vorlage gänzlich ausgeklammert worden sei, als sehr erstrebenswert an.

Herr Daub antwortet auf die Frage nach der als erstes auszuwählenden Fläche. Hier müsse man sich noch abstimmen, es werde auch eine Machbarkeitsstudie geben und die Finanzierung geklärt werden. Der Zuschnitt der Fläche Eiserhardt hänge mit den einzuhaltenden 200 m Trassen zu den Autobahnflächen zusammen.

Photovoltaikanlagen an Felswänden und Schallschutzwänden zu installieren, sei wirtschaftlich nicht sinnvoll darstellbar.

Zum Erfahrungsfeld „Schön und Gut“ könne man sich die Einrichtung einer PV-Freiflächenanlage theoretisch vorstellen, so Herr Daschke. Diese sei jedoch in der Potenzialflächenanalyse aufgrund der momentan geltenden Kriterien nicht aufgeführt.

Herr Schumann ergänzt, er werde die Anregung in den vor der Sommerpause stattfindenden Workshop zur weiteren Freiflächenentwicklung mitnehmen.

Herr Schilz stellt fest, der Beschlussvorschlag der Verwaltung habe zur Folge, dass nur die Flächen, die als „sehr gut“ oder „gut“ eingestuft werden, weiterbearbeitet werden sollen. Damit würden die Parkflächen – die alle als „ungeeignet“ eingestuft worden seien – nicht

weiter behandelt. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern oder, dass die Verwaltung zu mindestens Kontakt mit den jeweiligen Eigentümern aufnehmen könne, um die Bereitschaft dort PV-Freiflächenanlagen zu errichten, abzufragen.

Herr W. Schneider betont die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Themas.

Herr Kammann stellt eine Frage zur Fläche 1014-1 und möchte wissen, ob diese als Wohnraum genutzt werden könne. Die Volt-Fraktion lege großen Wert auf die Nutzung bereits versiegelter Flächen und bittet um Aufklärung, inwieweit die Verwaltung hier Einfluss auf solche Privatflächen (z.B. Industrieflächen und –gebäude) nehmen könne. Abschließend fragt er, ob es für die Grünflächen und Weiden, welche jetzt als „gut geeignet“ eingestuft wurden, die Möglichkeit gebe, diese ökologisch aufzuwerten.

Herr Heupel regt an, sich Gedanken über eine Priorisierung der Flächen zu machen.

Frau Krippendorf erläutert, dass man bezüglich der Priorisierung nach dem 5-Punkte-Katalog vorgehen werde, in der Hoffnung, die Eigentümerinnen und Eigentümern zu sensibilisieren, ihre Flächen unter diesem Gesichtspunkt neu zu bewerten und ggf. Investoren zu finden. Als Umkehrschluss würden dann die Bebauungsplanverfahren folgen, die durch die Stadt zu begleiten seien. Eine Evaluierung dieser Vorgehensweise könne ggf. in einem Jahr erfolgen.

Auf die Frage von Herr Kammann verweist Herr Daschke auf die Prioritätenliste des Wohnbaulandkonzeptes, welche nach und nach abgearbeitet werde.

Herr Groß fasst die in der Diskussion genannten Anregungen zusammen. Die folgenden Aspekte sollen in den Beschluss mit aufgenommen werden:

- Die Parkflächen sollen als mögliche Flächen mit einbezogen werden
- Die beiden Flächen in Umkreis des Eiserfelder Bahnhofs sollen herausgenommen werden

Herr Daub stellt dazu klar, dass es sich bei Photovoltaikanlagen auf Parkplätzen nicht um PV-Freiflächenanlagen sondern um bauliche Anlagen handle. Dieser Umstand müsste sich dann mittels einer entsprechenden Formulierung im Beschlussvorschlag wiederfinden. Auf die Frage der ökologischen Aufwertung von Grün- und Weideflächen von Herr Kammann entgegnet er, dass es sich bei der Errichtung einer PV-Freiflächenanlage durchaus auch um eine Aufwertung handle.

Herr Schilz befürwortet die Beschlussänderung bezüglich der Parkflächen. Er bittet um eine Sitzungsunterbrechung, um den Vorschlag der Grünen-Fraktion (Flächen Bahnhof Eiserfeld) zu besprechen.

Auf Vorschlag von Herrn Boller einigen sich die Gremienmitglieder darauf, dass die Verwaltung bis zur Ratssitzung einen Beschlussvorschlag erarbeiten solle. Eine Sitzungsunterbrechung ist daher nicht notwendig. Herr Boller zieht den Vorschlag, den Beschlussvorschlag anzupassen, zurück und kündigt an, einen entsprechenden Sachantrag in der Ratssitzung zu stellen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Abschlussbericht der Verwaltung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt das weitere Vorgehen wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**13. BA 27.04.2022**

**2. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 16.03.2022**

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

**13. BA 27.04.2022**

**3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

**13. BA 27.04.2022**

**4. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung****4.1 Verzögerung von Baumaßnahmen und Anhebung der Wertgrenzen  
- Antrag der SPD- Fraktion**

Vorlage Nr. AT 189/2022

Der Antrag gehe zwar in die richtige Richtung, aber man habe in einer der letzten Sitzungen beschlossen, zunächst die Ergebnisse der Verwaltung und deren Vorschläge abzuwarten. Es habe auch ein Arbeitskreis gebildet werden sollen, um zu Ergebnissen zu kommen. Da der Antrag daran vorbeigehe, frage er, wie nunmehr damit umgegangen werden solle, so Herr Mäckeler.

Herr Pfeifer erläutert, der Antrag stelle eine Neuauflage des Besprochenen dar. Anlass des Antrages sei das Zurückziehen der Beschlüsse des Ausschusses durch die Fraktionsvorsitzenden in der Ratssitzung. Eine Beschlussfassung in Zusammenhang mit Vergabeausschuss und Wertgrenzen sei dort nicht erfolgt. Der Antrag solle den Teil aufnehmen, der zur Beschleunigung der Vergaben führen könnte. Die Verwaltung sollte ein Ergebnis liefern, an dem man sich beteilige.

Herr Werthenbach trägt vor, seitens der Verwaltung seien den Fraktionsvorsitzenden per Mail am Montag, um dies in den Fraktionssitzungen noch thematisieren zu können, die Vorstellungen der Verwaltung dargestellt worden. Dem Rat sei eine Vorlage mit einer Neuauflage der Zuständigkeitsordnung vorgelegt worden, die vorgesehen habe, dass sich der Vergabeausschuss erübrige und die Entscheidungen über die Vergaben den jeweiligen Fachausschüssen obliegen. Bedingt durch die Ratsentscheidung habe sich dies anders ergeben. Gleichzeitig wolle man seitens der Politik eine Beschleunigung der Vergabeverfahren erreichen.

Bevor man sich in eine finale Beratung begeben, schlage die Verwaltung vor, für den 17. Mai 2022 zu einer Arbeitskreissitzung einzuladen, in der ein Vorschlag basierend auf den derzeitigen Mitteilungen zum Thema Vergabeausschuss, Zuständigkeitsordnung und Werten unterbreitet werden solle und an dem pro Fraktion ein Vertreter teilnehmen solle. Die Verwaltung bitte um Rückmeldung der Fraktionsteilnehmer. Die gemeinschaftlich beschlossenen Regelungen solle der Rat in seiner Sitzung am 15.06.2022 beschließen.

Aus dem Ausschuss wird für die SPD- Fraktion **Herr Joachim Pfeifer**, für die CDU- Fraktion Herr **Maik Harnacke** vorgeschlagen.

Seitens der anderen Fraktionen erfolgt noch kein Teilnehmervorschlag, die entsprechenden Personen werden der Verwaltung noch benannt.

#### **Beschluss:**

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, zu einer Zusammenkunft eines Arbeitskreises am 17.05.2022 einzuladen, an dem seitens der Politik von jeder Fraktion ein Vertreter teilnimmt und die Verwaltung einen Vorschlag unterbreitet, um vor der Sommerpause zu einem Ergebnis zu kommen.

Die Fraktionen, die noch keinen Vertreter benannt haben, informieren die Verwaltung, wer an der Zusammenkunft teilnimmt.

Aufgrund der Zustimmung des Ausschusses zum vorgeschlagenen Vorgehen, wird der Antrag zurückgezogen.

#### **Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen**

**13. BA 27.04.2022**

#### **5. Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**13. BA 27.04.2022**

**6. Jahresbericht 2021 - Abteilung Vermessung und Geoinformation**

Vorlage Nr. VL 855/2022

⇒ *Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Jahresbericht der Abteilung 4/2 Vermessung und Geoinformation für das Jahr 2021 zur Kenntnis.*

**13. BA 27.04.2022**

**7. Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen**

**Hier: Erörterung zum Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021**

Vorlage Nr. VL 872/2022

Er lobe die Verwaltung, in der Donzenbachstraße habe man durch eine gute Zusammenarbeit auch ohne Satzung erreicht, was man sich wünsche, so Herr Heupel.

Natürlich gehe es auch ohne Gestaltungssatzung, aber wenn man über eine verfüge, sollte man Photovoltaik auch in die Satzung aufnehmen, so Herr Christian. Am Beispiel der Reihenhaussiedlungen im Wohngebiet Wenscht halte er in Zusammenhang mit der Gestaltung die Nutzung der gesamten Dachfläche für sinnvoll.

Herr Reifenrath merkt zur Gestaltung an, es gebe eine Vielzahl von Systemen, wo die Module teilweise nicht mehr auffallen. Die Ermessensentscheidungen seien somit ein guter Weg.

Bei der Vorbereitung der Sitzung sei er darauf gestoßen, dass Wasserburg/ Inn aktuell die Ausstattung der Altstadt mit Photovoltaik ermögliche, so Herr Dietrich. Er frage nach Regelungen anderer Städte, die man in den denkmalgeschützten Bereich der Altstadt übernehmen könnte.

Der Teilbereich D sei der Bereich wo die Denkmalbereichssatzung gelte und wo Einzelfallentscheidungen zu treffen seien, so Herr P. Schneider. In diesem Bereich sei in der Regel auch der LWL beteiligt, der keine Richtung vorgebe, sondern sich auf den Einzelfall berufen habe. Aus deren Erfahrung werde häufig geprüft, ob es auch Alternativen zur Dachfläche gebe, um eine historische Dachlandschaft zu erhalten. Hier greife dann das Denkmalrecht.

Bei den Reihenhäuseranlagen sollte man eine Durchgängigkeit und Einheitlichkeit anstreben. Da dies die Siedlung städtebaulich aufwerte, solle die Verwaltung zum Erhalt des Siedlungscharakters auf durchgängige Flächen einwirken und die Anlagen abstimmen, so Herr Cziba.

**Beschluss:**

Der Bauausschuss nimmt die Erörterung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die Änderungen der Gestaltungssatzungen zur Beschlussfassung vorzubereiten.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**13. BA 27.04.2022**



gez. Klein  
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt  
Schriftführerin